

Förderung sichererer Städte für Frauen und Kinder durch Entwicklung der Polizeiarbeit und des Opferschutzes

Vertretung Indien



Indische Städte gelten vor allem für Frauen und Kinder als unsicher. Fälle von (sexueller) Gewalt gegen diese Gruppen nehmen zu. Die HSS tritt dieser Entwicklung durch die Förderung einer besseren Zusammenarbeit im Bereich des Opferschutzes sowie einer professionelleren Polizei- und Justizarbeit entgegen.

HERAUSFORDERUNGEN

Nicht erst seit den aufsehenerregenden Fällen von Gruppenvergewaltigungen in den letzten Jahren, die weltweit von Medien aufgegriffen wurden und für Entsetzen sorg-



Ein Ziel ist die Kooperation von Zivilgesellschaft und Behörden, die zu mehr Vertrauen beitragen soll.

ten, gelten insbesondere Indiens Städte als gefährlich für Frauen und Kinder. Berichte über Gewalt gegen diese Gruppen sind in indischen Zeitungen alltäglich und zeugen von zunehmender Brutalität der Straftäter. Die Taten werden begünstigt durch ein gesellschaftliches Klima, das noch immer stark patriarchal geprägt ist und in dem Frauen häufig objektiviert sowie sozial und materiell benachteiligt werden. Außerhäusliche Aktivitäten nach Einbruch der Dunkelheit und unbegleitete Reisen werden vermieden oder durch die Familie untersagt.

Das langsame Justizsystem wirkt auf Opfer sexueller Gewalt und Zeugen zermürend und sorgt oft zum Zurückziehen von Anklagen. Die indische Politik hat in jüngerer Zeit versucht, etwa durch die Verschärfung von Strafen für sexuelle Gewalt ein Zeichen gegen diese Entwicklung zu setzen. Häufig fehlt es Polizei- und Justizbehörden jedoch in der Praxis an Personal, Fähigkeiten und Wissen, die vorhandenen Gesetze zu nutzen und angemessen mit Fällen von Gewalt gegen Frauen und Kinder umzugehen. Dieses Defizit hat sich durch den ungebrochenen Trend der Urbanisierung und des Bevölkerungswachstums in den letzten Jahren noch vergrößert. Verfahren dauern lange und sind äußerst belastend für die Opfer. Gleichzeitig ist die Aufklärungs- und Verurteilungsquote von Straftaten sexueller Gewalt äußerst gering. Dies schwächt nicht zuletzt das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden. Darüber hinaus sorgen auch unzureichende Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer und deren Familien dafür, dass insbesondere Fälle im häuslichen oder familiären Umfeld erst gar nicht zur Anzeige gebracht und außergerichtlich geklärt werden.

Ich messe den Fortschritt einer Gemeinschaft am Grad des Fortschritts ihrer Frauen.

Dr. B. R. Ambedkar, Urheber der indischen Verfassung



Frauen- und Opferschutz ist in Indien eine hochsensible und drängende sozialpolitische Aufgabe.

LÖSUNGSANSÄTZE

Mit der Initiative „Smart Cities“ hat Premierminister Narendra Modi auch die Sicherheit der Bürger – vor allem Frauen, Kinder und Senioren – ins Rampenlicht gerückt. Durch verschiedene Maßnahmen will die indische Regierung ihre wachsenden Städte zu „Safe Cities“ entwickeln. Infolgedessen wurde die seit 2007 bestehende Partnerschaft zwischen dem indischen Bundesstaat Karnataka und Bayern um das Thema der sicheren Stadtentwicklung erweitert und ein Ausbau der Polizeizusammenarbeit vereinbart.

Der geographische Schwerpunkt der Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung liegt daher auf Karnataka. Die Stiftung setzt dabei auf einen ganzheitlichen Ansatz, der möglichst viele relevante Akteure in diesem Bundesstaat miteinbezieht. Wie in anderen Bundesstaaten ist der Frauen- und Opferschutz bisher nicht in ein „qualitätsgesichertes“ Gesamtkonzept eingebunden. Die HSS unterstützt daher die Regierung Karnatakas, das Ausbildungssystem der Bundesstaatspolizei in Richtung Bürgernähe und Menschenrechtsachtung zu entwickeln.

Im direkten Austausch miteinander haben die Polizei aus Karnataka und aus Bayern die Möglichkeit, von Erfahrungen des anderen zu profitieren und eigene Konzepte zu entwickeln oder anzupassen. Mit Hilfe von Experten aus Bayern wird in Workshops vor Ort in Indien zu einem bestimmten Thema von Interesse für die indische Seite in der Tiefe gearbeitet. So wurde etwa Ende 2017 in einem Workshop zu Frauen- und Opferschutz ein Konzept für Karnataka entwickelt.

Im Einzugsgebiet der Millionenstadt Pune im Bundesstaat Maharashtra führt die Stiftung gemeinsam mit der lokalen Organisation Chetna Mahila Vikas Kendra Fortbildungen für Schutzbeauftragte der Regierung, Anwälte und Polizisten durch. Hier lernen die Teilnehmer, ihre Pflichten zum rechtlichen Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt besser einzusetzen und miteinander zusammenzuarbeiten. Auch die Kooperation zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern ist entscheidend für eine schnelle und erfolgreiche Aufarbeitung von (sexuellen) Straftaten. In Seminaren erarbeiten diese Zielgruppen Wege für eine bessere Zusammenarbeit. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Kapazitäten von Polizisten unteren Ranges gelegt. Denn diese machen nicht nur den größten Teil der Polizei aus – sie sind auch als erstes in Kontakt mit den Opfern.

WIRKUNGEN

Die Stärkung aller Beteiligten in ihren Fähigkeiten steht im Mittelpunkt der Intervention durch die Hanns-Seidel-Stiftung. Nur durch den ganzheitlichen Ansatz kann die ansteigende Gewalt gegen Frauen und Kinder in Indiens Städten nachhaltig bekämpft werden. Eine verbesserte Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Polizei, Justiz, Schutzbeamte und der Zivilgesellschaft ermöglicht, den Schutz langfristig in ein professionelles und effektives System einzubetten. Gleichzeitig können Gräben überbrückt werden: Der Rückgewinn von Vertrauen in Justiz und Staatsgewalt ist die Voraussetzung für eine effektive Bekämpfung von Straftaten und die Schaffung von sicheren Städten in Indien. Erste Signale stimmen positiv. So gibt es neben einem sehr hohen Engagement auch erste Umsetzungsmaßnahmen auf lokaler Ebene, die Städte sicherer zu machen. ■

UNSERE PARTNER



Karnataka State Police



Global Concerns India



Chetna Mahila Vikas Kendra

Weiterführende Informationen:

@ india@hsf.com
 www.hss.de/indien



Mehr Factsheets
finden Sie hier.

Impressum:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstr. 33, 80636 München
 Tel. 089/1258-0 | E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de
 Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
 Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf
 Leiterin Institut für Int. Zusammenarbeit: Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)
 Referatsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hubertus Klingsbögl
 Kontakt: iiz@hss.de | Stand: 03/2018